Deutscher Bundestag **Drucksache 14/843**
14. Wahlperiode

26. 04. 99

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Annette Faße, Ulrike Mehl, Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie Gila Altmann, Albert Schmidt (Hitzhofen), Angelika Beer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/281 –

Optimierung des Sicherheits- und Notfallkonzepts für Nord- und Ostsee

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dirk Fischer (Hamburg), Kurt-Dieter Grill, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/160 –

Folgerungen aus der Havarie der „Pallas“ vor Amrum

A. Problem

Die Havarie des Holzfrachters „Pallas“, der am 25. Oktober 1998 vor dem dänischen Esbjerg in Brand geraten war und am 29. Oktober 1998 vor der deutschen Nordseeinsel Amrum strandete, hat eine intensive Diskussion um Fragen des Küsten- und Nordseeschutzes, um Schiffssicherheits- und Ausbildungsstandards und vor allem um das bestehende deutsche Sicherheits- und Notfallkonzept bei Schiffshavarien ausgelöst.

Diesen Unfall haben die Koalitionsfraktionen und die CDU/CSU-Fraktion zum Anlaß genommen, jeweils einen Antrag mit den entsprechenden Feststellungen und den notwendigen Konsequenzen vorzulegen.

B. Lösung

Nach dem Antrag der Koalitionsfraktionen, den der Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen mit Mehrheit zur Annahme empfiehlt, soll die Bundesregierung unter anderem zur Einsetzung einer angekündigten Expertenkommission aufgefordert werden, die nicht nur die „Pallas“-Havarie aufarbeitet, sondern auch weitergehende Maßnahmen zur Verhinderung von Schiffsunfällen erarbeitet.

Zum Antrag der CDU/CSU-Fraktion wird Ablehnung empfohlen.

Mehrheitsbeschluß

C. Alternativen

Die CDU/CSU-Fraktion besteht auf der Annahme ihres Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht ermittelt.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 14/281 – unverändert anzunehmen,
2. den Antrag – Drucksache 14/160 – abzulehnen.

Bonn, den 21. April 1999

Der Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald	**Hans-Michael Goldmann**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Hans-Michael Goldmann

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 16. Sitzung am 21. Januar 1999 die **Anträge auf Drucksache 14/281 und 14/160** in erster Lesung beraten und an den Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuß, an den Haushaltsausschuß, an den Ausschuß für Wirtschaft und Technologie, an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, an den Ausschuß für Tourismus und an den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union – den Antrag auf Drucksache 14/160 darüber hinaus an den Innenausschuß und an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – zur Mitberatung überwiesen.

II.

Die Anträge nehmen die Havarie des Holzfrachters „Pallas", der am 25. Oktober 1998 vor dem dänischen Esbjerg in Brand geraten war und am 29. Oktober 1998 vor der deutschen Nordseeinsel Amrum strandete, zum Anlaß, eine vollständige Aufklärung der damaligen Vorkommnisse und Entscheidungen zu fordern und zu verlangen, daß die richtigen Konsequenzen gezogen und die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet werden.

Der **Antrag** der Koalitionsfraktionen auf **Drucksache 14/281** enthält in seinem 12-Punkte-Katalog unter anderem die Aufforderung, eine Expertenkommission mit unabhängigen Sachverständigen aus verschiedenen Bereichen einzusetzen und mit der Aufarbeitung näher genannter Punkte zu beauftragen, die Empfehlungen der Expertenkommission in konkrete Handlungsanweisungen umzusetzen, weitergehende Maßnahmen zur Verhinderung von Schiffsunfällen zu erarbeiten und einschlägige internationale Übereinkommen zu ratifizieren bzw. ihnen beizutreten.

Der **Antrag** der CDU/CSU-Fraktion auf **Drucksache 14/160** enthält u. a. eine Kritik zum Krisenmanagement der Landesregierung von Schleswig-Holstein und die Aufforderung, eine Bund-Länder-Kommission einzurichten, die Fehler und Mängel bei der Umsetzung des bestehenden Sicherheitskonzepts aufdeckt und die daraus zu folgernden Schlüsse und Konsequenzen veröffentlicht. Darüber hinaus wird gefordert, der Tourismuswirtschaft durch Finanzierung von Marketingmaßnahmen gegen den Imageverlust zu helfen und Einkommensverluste für die Fischerei auszugleichen.

III.

Die **mitberatenden Ausschüsse** haben jeweils mit Mehrheit empfohlen, den Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/281 anzunehmen und den Antrag der CDU/CSU-Fraktion auf Drucksache 14/160 abzulehnen. In allen Ausschüssen wurden diese Entscheidungen mit Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion und – mit Ausnahme des Haushaltsausschusses, wo sich die F.D.P.-Fraktion zum CDU/CSU-Antrag der Stimme enthielt, und mit Ausnahme des Ausschusses für Tourismus, wo die F.D.P.-Fraktion bei den Abstimmungen nicht vertreten war – auch der F.D.P.-Fraktion getroffen.

Diese Mehrheitsentscheidungen wurden im Auswärtigen Ausschuß, im Innenausschuß, im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie im Ausschuß für Tourismus von der Fraktion der PDS mitgetragen. Im Haushaltsausschuß hat die PDS-Fraktion zwar auch den Koalitionsantrag unterstützt, sich aber bei der Abstimmung über den CDU/CSU-Antrag der Stimme enthalten. Umgekehrt hat die PDS-Fraktion im Ausschuß für Wirtschaft und Technologie den CDU/CSU-Antrag abgelehnt, sich aber bezüglich des Koalitionsantrags der Stimme enthalten. Im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat die PDS-Fraktion für den CDU/CSU-Antrag gestimmt, und im Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union hat sie sich zu beiden Anträgen der Stimme enthalten.

IV.

Der **Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Anträge in seiner 12. Sitzung am 21. April 1999 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., den Koalitionsantrag auf Drucksache 14/281 anzunehmen. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der PDS-Fraktion empfiehlt er, den CDU/CSU-Antrag auf Drucksache 14/160 abzulehnen.

Der Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen ist sich darin einig, daß es nach der Havarie der „Pallas" notwendig ist, den Hergang der Ereignisse vollständig aufzuklären, die richtigen Konsequenzen zu ziehen und die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten. Der Ausschuß hat mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß die im Antrag – Drucksache 14/281 – geforderte unabhängige Expertenkommission die Arbeit aufgenommen und bereits drei Anhörungen durchgeführt hat. Im Ausschuß gibt es auch keinen Streit darüber, daß es notwendig ist, parallel zur Arbeit dieser Kommission Maßnahmen wie die Bereitstellung der notwendigen Notfallkapazitäten zu treffen und möglichst schnell das internationale Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen zu ratifizieren sowie

dem internationalen Bergungsübereinkommen von 1989 beizutreten.
Trotzdem konnte sich der Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen nicht auf einen gemeinsamen Antrag einigen. Für die Koalitionsfraktionen war der Antrag – Drucksache 14/160 – wegen der darin enthaltenen Vorverurteilung nicht akzeptabel. Die Fraktion der CDU/CSU bestand auf der Annahme ihres Antrages und konnte den Antrag – Drucksache 14/281 – nicht mittragen, weil dieser keine Hilfen für die durch die Havarie der „Pallas“ geschädigte Tourismuswirtschaft und beeinträchtigte Fischerei vorsieht.

Bonn, den 21. April 1999

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333